



Pressemitteilung

BDP-Resolution: Koalitionsvertrag endlich umsetzen und Versorgung psychisch erkrankter Menschen verbessern

Die Ampel-Koalition hat in ihrem Koalitionsvertrag erstmals auch die Verbesserung der Versorgung von psychisch erkrankten Menschen berücksichtigt. Das ist ein Novum in der Geschichte der Bundesrepublik. Damit erkennt die Regierung die prekäre Situation in diesem Bereich an. Im Durchschnitt warten Menschen mit psychischen Erkrankungen bis zu einem halben Jahr auf einen ambulanten Therapieplatz.

Der Berufsverband Deutscher Psychologinnen und Psychologen (BDP e.V.) fordert den Bundesgesundheitsminister und die Regierung deshalb erneut dazu auf, umgehend zu reagieren und die Versorgung psychisch Kranker zukünftig am tatsächlichen Bedarf auszurichten.

Wer unter einer behandlungsbedürftigen psychischen Störung leidet, benötigt eine evidenzbasierte und leitliniengerechte Behandlung! Doch die Realität sieht anders aus: Es gibt massive Engpässe bei der ambulanten und auch stationären Versorgung. Die langen Wartezeiten auf ambulante Therapieplätze verringern nicht nur die Lebensqualität der Betroffenen, sie können auch in deutlich kostenintensiveren stationären Behandlungen münden. Das gilt es zu verhindern. Regionale und globale Katastrophen wie die Corona-Pandemie oder die Klima- und Energiekrise haben den Bedarf weiter ansteigen lassen.

Im Gegensatz zu anderen medizinischen Bereichen herrscht kein Fachkräftemangel. Es hakt an anderen Stellen: Qualifizierte Psychotherapeutinnen und Psychotherapeuten können sich nicht niederlassen, weil die Bedarfsplanung in diesem Bereich auf antiquierten Zahlen beruht und es nicht genügend Kassensitze gibt. Der als „gedeckt“ geltende Versorgungsbedarf bildet die Realität nicht ab. Hinzu kommen weitere Faktoren: Die viel gepriesene ambulante berufsgruppenübergreifende Komplexversorgung greift zu kurz, in Kliniken fehlen oftmals Stellen für qualifizierte psychologische PsychotherapeutInnen und Psychotherapeuten. Vorwürfe gegenüber der Berufsgruppe, psychotherapeutische Kassenpraxen behandelten „nur die leichten Fälle“ sind wissenschaftlich widerlegt, werden aber trotzdem sogar vom Bundesgesundheitsminister propagiert. Sie entsprechen nicht der Datenlage und tragen nicht zu einer Lösung des Problems bei.

Der BDP hat auf seiner letzten Delegiertenkonferenz eine Resolution verfasst und konkrete Forderungen aufgestellt. Der Verband ruft zu einer Versachlichung der Debatte auf und fordert zur umgehenden Umsetzung des Koalitionsvertrags auf. Wir brauchen eine zukunftsfähige, bedarfsgerechten psychotherapeutische Versorgung in Deutschland.

Kontakt

Susanne Berwanger: Vizepräsidentin des BDP e.V. und Vorsitzende der Sektion Psychologischer Psychotherapeutinnen und Psychotherapeuten (VPP in BDP e.V.)

presse@bdp-verband.de